Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.56 mit Postbestellgebühr. Preise freibleibend. Preis einer Nummer 10 Rpf. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen und Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Rpf., Reklamezeile 80 Rpf. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 241 | **Donnerstag den 15. Oktober 1931** | **89. Jahrgang**

Die Kanzlerrede im Reichstag

Berlin, 13. Oktober.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung pünktlich um 3 Uhr und gedenkt zunächst der beiden verstorbenen Abgeordneten, zu deren Ehren sich das Haus von seinen Plätzen erhebt. Sofort erhält

Reichskanzler Brüning

zu seiner großen Rede das Wort. Er dankt zunächst den ausgeschiedenen Ministern und stellt dann sein Kabinett vor. Die Reichsregierung, führt der Kanzler aus, ist ergänzt durch einen bewährten Vertreter der Wirtschaft, der als Sachberater der Reichsregierung in den vergangenen Monaten zur Seite gestanden hat. Die Leitung des Wehr- und Innenministeriums ist in einer Hand vereint. Mehr als zuvor zwingt uns unsere heutige Notlage zu einer einheitlichen Zusammenfassung der staatlichen Machtmittel, namentlich auch der von dem Herrn Reichspräsidenten erlassenen besonderen Machtbefugnisse gegen alle Bestrebungen und Strömungen, die den Staat zu bedrohen suchen.

Die Leitung des Außenministeriums wird in meiner Hand liegen.

Die Außenpolitik wird im Geiste der Besprechungen der letzten Monate vor allem der jüngsten deutsch-französischen in Berlin fortgeführt. Die Reichsregierung erwartet das Heil nicht allein durch internationale Verhandlungen oder Hilfe des Auslandes. Aber Deutschland hat im letzten Jahrzehnt am eigenen Leibe mehr als alle Nachbarn gespürt, wie die ungelösten politischen Fragen der Welt die innere Not bis zur Grenze des Erträglichen gesteigert und wachsende Verzweiflung in allen Schichten des Volkes genährt haben. Deshalb hat Deutschland das Recht, an die Völker der Welt den Appell zu richten, die Bemühungen zu der unerläßlichen solidarischen Zusammenarbeit endlich zur praktischen Tat werden zu lassen.

Ich glaube, daß in den vergangenen Monaten ein gewisser Fortschritt in solcher Gesinnung erzielt worden ist. Allen Völkern sollte inzwischen lebendig vor Augen geführt sein, daß das Schicksal jedes Staates mehr denn je in der Vergangenheit mit dem Schicksal der Nachbarn verflochten ist. Kein Staat kann auf die Dauer einen wirklichen Vorteil aus der Not der anderen Länder erwarten.

Die verderblichen Folgen politischer Zahlungen ohne wirtschaftliche Gegenleistungen haben die gesamte Welt ohne Ausnahme in heute noch unabsehbare Bedrängnis geführt.

Die weitschauende Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hat leider nur eine vorübergehende Erleichterung geschaffen. So groß auch ihre Bedeutung war und so dankbar sie vom deutschen Volk empfunden wurde, schon die Ungewißheit in den Fragen der politischen Zahlungen übt fortgesetzt eine Lähmung auf den internationalen Wirtschafts- und Finanzverkehr aus.

Unmittelbare und offene Aussprache sollen den Weg zur tatsächlichen Solidarität der Nationen ebnen. Denn es muß die Möglichkeit gefunden werden, klare und ehrliche Stimmungen zwischen den Nachbarn zu schaffen.

Deutschland fordert bei aller verständnisvollen Rücksichtnahme auf die Lebensnotwendigkeiten der Nachbarn die Verwirklichung des Grundsatzes der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung unter den Völkern.

Ich warne vor Augenblickslösungen unter dem Druck dringender materieller Not. Sie würden, auf die Dauer gesehen, schlimmere Folgen haben als der gegenwärtige Zustand.

Die weitergreifende Zerrüttung der Kreditwirtschaft der Welt hat die Reichsregierung von Woche zu Woche vor neue Aufgaben gestellt. Was vor Monaten in der Beurteilung der Wirtschaft und Finanzlage eines Landes richtig war, ist nach kurzer Zeit durch die Wirkung der Kämpfe in anderen Ländern überholt. Die Aufgabe der Reichsregierung war es, und die der neuen Reichsregierung wird es sein, die Regierungsmaßnahmen elastisch den jeweiligen neuauftretenden Auswirkungen der Weltkrise anzupassen.

Die Reichsregierung nimmt für sich als Erfolg in Anspruch, daß sie rechtzeitig und als erste im Kreise der großen Nationen mit entscheidenden Sparmaßnahmen in den öffentlichen Ausgaben und mit möglichster Senkung der Erzeugungskosten begonnen hat.

Hierdurch allein ist verhindert worden, daß die gesunden Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft völlig erschüttert worden sind.

Die Krise des englischen Pfundes stellt Reichsregierung und Reichsbank vor neue Aufgaben. Noch stärker als in den vergangenen Monaten ist eine Einstellung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik aufeinander und eine Anpassung des Selbstkosten- und Preisniveaus an die wirtschaftliche Entwicklung nötig. Die Reichsregierung hat in Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten beschlossen, einen Wirtschaftsbeirat zu ernennen, der ihr zur Seite stehen soll. Mit ihm gemeinsam wird in kurzer Frist ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausgearbeitet. Dieses hat als erste Voraussetzung die

Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden darf.

Von entscheidender Wichtigkeit ist die Durchführung eines Planes zur Tilgung der kurzfristigen Schulden und eine endgültige Klärung der Reparationsfrage. Fehler der Vergangenheit im Wirtschaftsaufbau Deutschlands müssen schneller als bisher ausgeräumt werden. Die bisherigen Maßnahmen haben dazu gedient, die Selbstkosten der Wirtschaft zu verringern, die Ausgaben der öffentlichen Hand herabzusetzen, um die mit Fehlinvestitionen von Kapital verbundenen Gefahren für die Zukunft einzuschränken. Die Kreditpflege gerade für Mittelstand, kleinere und mittlere Industrie muß auch bei der Bankenpolitik in der Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben sein. Landwirtschaft, Grundbesitz und Industrie leiden unter zu hohen Zinssätzen. Ihre Senkung ist ein anderes, unerläßliches Mittel zur Herabsetzung der Produktionskosten, wenn wir nicht zu völliger Schrumpfung der Wirtschaft kommen wollen.

Nur in diesem Gesamtrahmen wird es möglich sein, zu verhindern, daß das deutsche Volk an der Sozialpolitik überhaupt irre wird.

Die Sozialpolitik muß sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfügen.

Dabei kann an dem verfassungsmäßig verbrieften Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft nicht vorbeigegangen werden. Vor allem gilt das auch für den Tarifgedanken, der als solcher gesund ist und erhalten werden muß, aber größerer Elastizität in der Handhabung bedarf. Die Tarife müssen veränderten Verhältnissen schneller angepaßt werden können. Der Grundgedanke einer guten Sozialpolitik muß gerade in gegenwärtiger Notzeit Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Pflicht erkennen lassen, ihre Angelegenheiten gemeinsam unter möglichst eigener Verantwortung und unter möglichst geringer Einmischung des Staates zu regeln.

Damit muß Hand in Hand gehen die Behandlung der Kartellfrage, da die Preisgestaltung den wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen und der gesunkenen Kaufkraft im Inlande schnell angepaßt werden muß. Eine Verzinsung und Tilgung der kommerziellen Schulden des Volkes ist nicht möglich, wenn den deutschen Waren die Weltmärkte in fortschreitendem Maße gesperrt werden. Das führt zur Zerrüttung der Weltwirtschaft. Die Reichsregierung ist gewillt, alle Schritte zu tun, um einer solchen Politik zu begegnen. Ebenso klar ist sie sich allerdings darüber, daß die Bedeutung des Binnenmarktes in der kommenden Zeit stärker in den Vordergrund treten wird. Diesem Ziele dienen auch die Pläne einer erweiterten und beschleunigten Siedlung auf dem Lande und im Vorfeld der Städte.

Alle im Inland vorhandenen Produktionsmöglichkeiten müssen bis auf das Letzte ausgenutzt werden,

zumal die Notwendigkeit besteht, mit den Devisenbeständen sparsam zu wirtschaften. Einschränkungen der Einfuhr werden im wesentlichen dort erfolgen müssen, wo die heimische Produktion, insbesondere die Landwirtschaft, die Bedürfnisse ausreichend und zu angemessenen Preisen decken kann.

Der Weg ist uns klar vorgezeichnet. Er ist hart und schwer und kann nur zu Ende gegangen werden, wenn unser Volk die Ueberzeugung hat, daß die Lasten gleichmäßig verteilt und Gerechtigkeit und Verantwortungsbewußtsein wieder hergestellt sind. Das deutsche Volk hat bislang die schwersten Opfer ertragen. Gerade weil das Volk, wenn es Gerechtigkeit, Zielklarheit und Hoffnung auf einen Enderfolg sieht, zu den schwersten Opfern befähigt ist, ist es Pflicht der Reichsregierung, dafür zu sorgen, daß alle Versuche der Ausnutzung der Notlage des Staates und der Wirtschaft durch unwahrhafte Agitation verhindert werden. Die Oeffentlichkeit muß die Gewißheit haben, daß Auswüchsen des politischen Kampfes mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird und daß der Staat entschlossen ist, die Grundlagen der Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Aus diesem Grunde sind durch mehrere Notverordnungen scharfe Maßregeln getroffen.

Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß Notverordnungen und polizeiliche Maßnahmen allein nicht ausreichen, sondern nur den Weg frei machen können. Sie bedurfte dabei der hingebenden Arbeit eines unter Opfern und erschwerenden Umständen pflichttreu wirkenden Berufsbeamtentums. Entscheidend im ganzen ist der

richtunggebende ethische Wille zur nationalen Selbstbehauptung, zur Freiheit, aber auch zur Selbstzucht und zum Opfer für das Vaterland.

Diesen Willen zu wecken, sieht die Reichsregierung als wichtigste Aufgabe an. Das Volk und vor allem die Jugend muß vor den Einflüssen der Zersetzung geschützt und vom Geiste der Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit erfüllt sein. Die Reichsregierung wird alle Kraft in den Dienst ihrer vornehmsten Aufgabe, zur Rettung des Vaterlandes, stellen.

In der schicksalsschwersten Zeit sind unsere Parteien nicht zur Zusammenarbeit bereit, sondern richten lieber Fronten gegeneinander auf, statt sich in einfacher Pflichterfüllung für das ganze Deutschland zusammenzufinden. (Beifall.)

Darum habe ich mich entschlossen, eine Regierung zu bilden, die noch unabhängiger von Parteien und Fraktionsbeschlüssen ist als die frühere.

Ich habe bei Uebernahme des Kanzleramts zu einem Wirtschaftssachverständigen gesagt: „Ich weiß, daß die Aufgabe, die ich jetzt übernehme, zu 90 Prozent verloren ist!" Das war nicht Schuld des Kabinetts Hermann Müller, sondern Schuld waren die Fehler, die die öffentliche Hand und ein Teil der Privatwirtschaft gemacht haben. Es ist eine Kreditinflation aus dem Auslande eingetreten, die den gesunden Menschenverstand vernebelt und einen Schleier über alle Dinge gebreitet hat."

Zur Gesundung der Wirtschaft ist eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern notwendig.

Beide Teile müssen ihr Programm dazu vorlegen. Allerdings ist es nicht geschickt, wenn die Wirtschaft mit ihrem Plan ein Programm verbindet, das geeignet ist, die Arbeitnehmerschaft in einer Einheitsfront dagegen zusammenzuschließen. Es geht nicht so, daß man nur und ausschließlich die Gesundung von immer weiteren Lohnsenkungen erwartet.

Heute ist es so, daß meine Aufgabe nicht mehr 90 Prozent verloren ist, sondern daß das Verhältnis des Glücks und Unglücks schon 50 zu 50 geworden ist. Die Parteien sollten sich einmal nur für wenige Monate zusammenfinden, bis durch eine internationale Lösung Beruhigung entstanden ist.

Wenn das nicht möglich ist, ist diese Reichsregierung entschlossen, ihre Politik zu verteidigen,

und zwar nicht mehr, als sie sie in den letzten Wintermonaten verteidigen mußte. Freudig kann die Reichsregierung sagen, daß der bevorstehende schwere Winter unter allen Umständen überstanden werden kann. Die Wirtschaft ist in ihrem Apparat gesund. Für die Finanzen ist Vorsorge getroffen und es müßte merkwürdig zugehen, wenn das Volk nicht über diesen Winter hinwegkommen würde. Wir sind entschlossen, die Dinge bis zu dem Augenblick vorzutragen, wo durch eine internationale Zusammenarbeit das kommt, was kommen muß, wenn nicht die ganze Welt in unendliche Not versinken will.

Durch Kritik, Angriffe und Verleumdungen, so schließt der Kanzler, lasse ich mich nicht beirren. Ich stehe vor Ihnen, ich habe Ihnen mein Programm gesagt. Sie, die Parteien, tragen nun die Verantwortung für das, was kommen wird!"

Beginn der Aussprache

Berlin, 14. Okt. Der Andrang zu der heutigen Reichstagssitzung hat im Vergleich zum Dienstag erheblich nachgelassen. Gleichwohl sind von der Polizei auch heute wieder umfangreiche Sicherungsmaßnahmen für das Reichstagsgebäude getroffen worden. Die Tribünen sind gut besetzt.

Breitscheid gegen Brünings Sturz

In Anwesenheit des Kanzlers und einiger Minister eröffnet Präsident Löbe die Sitzung um 12 Uhr. Die Aussprache über die Regierungserklärung und die damit verbundenen Anträge eröffnet als Redner der Sozialdemokraten Abgeordneter Dr. Breitscheid. Er weist darauf hin, daß sich während der Sommerpause bedeutungsvolle und ernsteste Ereignisse gehäuft haben. Unsicherheit und Nervosität sind, wie er hervorhebt, ihre Kennzeichen. Die Erfahrung mit der deutsch-österreichischen Zollunion hat gezeigt, daß es nicht darauf ankommt, das formale Recht auf seiner Seite zu haben, sondern daß man auf die psychologischen Wirkungen bedacht sein muß. Minister Curtius ist in die Wüste geschickt worden. Sowohl für den Beginn als auch für das Ende dieser Aktion war aber das Gesamtkabinett verantwortlich. Der Redner erinnert hierzu an die Flucht aus der Mark und an die Kapitalflucht und kritisiert die „zerstörende Rede" des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht in Harzburg. Er pflichtet dem Kanzler bei, daß es sich bei der jetzigen Krise um eine Weltkrise handelt, die mit Weltmitteln gelöst werden muß. Es sind in Deutschland, so erklärt er weiter, sehr schwere Fehler gemacht worden. Das deutsche Unglück rührt aber nicht her aus einem verfehlten Regierungssystem. Es ist nicht der Marxismus und nicht die Republik, die diese Krise herbeigeführt haben. Die Ereignisse der letzten Monate im In- und Ausland bringen den klaren Beweis für das Versagen der Führung des privatwirtschaftlichen Systems. Das Regieren mit Notverordnungen läuft unseren Grundsätzen zuwider. (Lärm bei den Kommunisten.) Es ist die politische Not, die die Notverordnungen erzwingt. Leider gibt es links und rechts große Parteien, die grundsätzliche Gegner dieses Regimes sind und das Parlament nur als einen Mechanismus zum Sturz der Regierung betrachten. (Sehr wahr!) Auch gegen den Inhalt der Notverordnungen haben wir Bedenken. Mit Nachdruck wird nur die Senkung der Löhne und Gehälter betrieben, während wir bei den Maßnahmen zur Preissenkung nur Halbheiten sehen. Gegen die Allmacht der Kartelle wird wenig getan. Noch immer werden von der Bergindustrie von jeder Tonne Kohle 50 Pfg. für politische Zwecke der Rechtsparteien verwandt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Wir haben das Kabinett nicht toleriert, weil wir glaubten, daß es sozialistische Politik treiben werde, sondern weil wir in erster Linie die Staatsform schützen wollten.

Die Kommunisten haben sich durch ihre Katastrophenpolitik als Schleppenträger der Sozialreaktion gezeigt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten — Lärm bei den Kommunisten.)

Unsere Ablehnung der Mißtrauensanträge bedeutet kein Vertrauen für das, was das Kabinett politisch tun wird. Aber es ist die Bekundung des schärfsten Mißtrauens gegen das, was nach Brüning kommt.

Sollte die Sozialreaktion ihre Pläne durchsetzen wollen, so wird die Sozialdemokratie auf der Hut sein. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Nationalsozialisten gegen Regierung u. System

Als nächster Redner erhält Abgeordneter Dr. Frick (NS.) das Wort. Während die Abgeordneten der Rechten in diesem Augenblick den Saal betreten, verläßt Reichskanzler Dr. Brüning seinen Platz. Der Redner verweist zunächst auf das Fernbleiben der nationalen Opposition während der Regierungserklärung. Diese Haltung entspräche zweifellos dem Willen der Mehrheit des schaffenden Volkes. „Der Kanzler, so betonte der Redner, scheue sich nicht, nationalsozialistisches Geistesgut in seiner Notverordnungspraxis, z. B. bei Bemessung der Höchstgrenze für Gehälter und Pensionen zu verwerten, gleichzeitig aber der N.S.D.A.P. zu unterstellen, sie könnte unter Umständen diese Maßnahmen sabotieren. Wir werden die Notverordnungen weiter ablehnen, weil wir Regierungen, die sich scheuen, das Volk über ihre Berechtigung zu befragen, nicht für berechtigt halten, den Artikel 48 anzuwenden. Die Inflation haben wir stets auf das schärfste gebrandmarkt, so daß es überflüssig ist zu sagen, daß wir uns niemals eines ähnlichen Verbrechens schuldig machen werden. Diese Grundsätze werden auch in einer kommenden, von uns geführten nationalen Regierung maßgebend sein. Ueber allem steht bei uns der Satz: „Gemeinnutz vor Eigennutz!" Das gleiche Recht auf Schutz seiner Arbeit und seiner Leistungen im Rahmen des Volksganzen sichern wir jedem anderen Berufsstand zu. Das Wirtschaftsprogramm des Kanzlers aber wird diesen Grundsätzen nicht entsprechen, weil alles, was bisher im nachnovemberlichen Deutschland geschehen ist, auf dem Fundament des überlebten Liberalismus und des volkszerstörenden Marxismus erfolglos bleiben muß. In einigen Punkten faßt die Regierungserklärung auf nationalsozialistischen Forderungen. Indessen wird die Regierung nach unserer Ueberzeugung nicht fähig sein, diese Probleme zu lösen, weil eben nationalsozialistische Forderungen nur von Nationalsozialisten in die Praxis übertragen werden können, niemals aber von unzulänglichen oder sogar böswilligen Nachahmern. In der Außenpolitik hat sich die völlige Unfruchtbarkeit und Ergebnislosigkeit des Kabinetts Brüning gezeigt. In allen lebenswichtigen Fragen mußten Niederlagen und verheerende Fehlschläge mit in Kauf genommen werden. Es fand sich kein Anzeichen des Willens, die Voraussetzungen für eine andersgeartete und dem Reichsinteresse entsprechende Außenpolitik zu schaffen. Wir fordern Wehrhaftigkeit, weil sie die Voraussetzung ist für die Gleichberechtigung Deutschlands. Die Politik Frankreichs ist nach wie vor die furchtbarste Gefahr nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa.

Wir sind nichtsdestoweniger zu jeder Verständigung auch mit Frankreich bereit, wenn sie die Gewähr dafür bietet, daß den Lebensnotwendigkeiten für unser Volk dabei Rechnung getragen wird. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Regierungsparteien und links.)

Wir machen der Regierung ausdrücklich den Vorwurf, daß sie, wie alle ihre Vorgänger, im Kampf gegen die Kriegsschuldlüge kläglich versagt hat. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir können ihr deshalb auch auf außenpolitischem Gebiet nicht das mindeste Vertrauen entgegenbringen.

Wir sprechen dem Kabinett unser Mißtrauen aus

und erwarten die Zustimmung aller volksbewußten Mitglieder dieses Hauses. Wir betonen unseren unbeugsamen Entschluß, nicht zu ruhen, bis wir die Führung der Nation zum Wohle der werktätigen Schichten in Händen halten. Unsere Regierungserklärung wird kurz sein. Sie wird lauten: „Kraft und Wille, Freiheit, Arbeit und Brot!" (Langanhaltender stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten, die darauf geschlossen unter Heilrufen den Saal verlassen.)

„Die Sieger von morgen"

Abg. Remmele (Komm.) sagte der Regierung schärfsten Kampf an. Er richtet in breiten Ausführungen heftige Angriffe gegen die Reichsregierung und gegen die Sozialdemokraten. Während seiner Rede leert sich der Saal fast vollständig, so daß schließlich außer den Kommunisten nur noch wenige Abgeordnete anwesend sind. Der Redner wird zur Ordnung gerufen, weil er einen sozialdemokratischen Zwischenrufer „Grünschnabel" genannt hat. Er schließt mit der Behauptung: Trotz aller Verbote werden die Kommunisten die Sieger von morgen sein

Heftige Kampfansage der Deutschnationalen

Abg. Dr. Oberfohren (D.N.) erklärt, während die Deutschnationalen und Nationalsozialisten wieder im Saal erscheinen: Damit kein Irrtum entsteht, wir sind nicht in diesen Reichstag gekommen, um ein parteipolitisches oder parlamentarisches Palaver zu halten. (Zustimmung rechts — Lachen links). Wir sind hierher gekommen, um Abrechnung zu halten und eine Kampfansage zu richten an das herrschende System und seine Vertreter gegen die Regierung. Wenn Dr. Dingeldey in seiner letzten Rede zwar zarte Ansätze in bessere Einsicht zeigt, aber Kritik an unserem Auszug aus dem Parlament geübt hat, so hat er damit bewiesen, daß er noch sehr wenig Verbindung mit der wirklichen Bewußtseinsverfassung der deutschen Bevölkerung hat. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Was in der Sitzung vor dem Auszug der Nationalen Opposition uns auch von der bürgerlichen Mitte zugetan ist, das werden wir an Ihnen hundert- und tausendfältig wieder vergelten.

Die Front, die in Harzburg gebildet worden ist, wird sich in geschlossener Stoßkraft gegen das heutige System wenden.

Die Entscheidung über das Kabinett Brüning hängt nicht vielleicht von 6 Stimmen im Reichstag ab, sondern davon, wann die Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, der Regierung die Mittel zur Fortführung der öffentlichen Ausgaben zu liefern.

Der Redner nimmt dann eingehend Dr. Schacht gegen die Angriffe wegen der Harzburger Rede in Schutz.

Zentrum und Nationale Opposition

Abg. Joos (Ztr.) weist, während Nationalsozialisten und Deutschnationale den Saal wieder verlassen, den Anspruch der Opposition der Rechten zurück, allein als national gesinnt zu gelten. In Harzburg sei der Gedanke einer Volksgemeinschaft sofort dadurch gesprengt worden, daß man allen politisch andersdenkenden Volksgenossen die nationale Gesinnung habe absprechen wollen.

Abg. Baltrusch (Volksnational) tritt den Ausführungen der Abgeordneten Oberfohren und Frick scharf entgegen. Es sei eine ungeheuerliche Beleidigung, wenn die in Harzburg vereinigten Gruppen alle anderen Deutschen als weniger oder garnicht national bezeichneten. Scharf zurückzuweisen sei auch der Klassenkampf von oben, der sich hinter den antimarxistischen Schlagworten verberge. Wer ohne oder gar gegen die Arbeiterschaft regieren oder das Tarif- und Schlichtungswesen zerschlagen wolle, werde eine Einheitsfront der Arbeiter gegen sich haben. Die Arbeitslosigkeit habe ihre Ursachen weniger in innerpolitischen Vorgängen als in internationalen Schwierigkeiten.

Dietrich gegen Oberfohren

Dann griff Reichsfinanzminister Dietrich in die Aussprache ein und bezeichnete es als das Kernproblem, den Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu verschaffen. Das sei aber nicht möglich mit dem Mittel städtischer Neubauten, sondern es komme darauf an, die Städter aufs Land umzusiedeln. Der Minister trat dann den zahlenmäßigen Angaben entgegen, mit denen Dr. Oberfohren seine Angriffe gegen die Steuerpolitik der Regierung unterstützt habe. Die Voraussberechnungen der Regierung über das Steueraufkommen seien allerdings durch die Tatsachen nicht bestätigt worden. Aber beim Einsetzen der Krise im Frühjahr habe kein Mensch in der ganzen Welt die Entwicklung in ihrem ganzen Umfang voraussagen können.

Das Aufkommen aus der Einkommensteuer sei um eine volle Milliarde zurückgegangen.

Die deutschnationalen Angriffe wegen der Anleihepolitik seien unberechtigt, denn die jetzt übernommene Anleiheermächtigung stamme noch aus der Zeit, in der die Regierung eine deutschnationale Fühlung hatte. Die deutschnationalen Angaben über die Höhe der deutschen Schulden seien unrichtig und könnten sehr schädlich für Deutschland wirken. Wegen der Verbreitung der Schachtrede habe das Pressebüro der Reichsregierung mit der Telegraphen-Union gesprochen. Die T.U. habe dann — das müsse ganz offen ausgesprochen werden — die Ausführungen, die Dr. Schacht dort gemacht habe, gemildert. Er — der Minister — stehe nicht an, zu erklären, daß sich die T.U. damit ein Verdienst um das deutsche Volk erworben habe, daß sie die Ausführungen nicht in der Schärfe ausgab, wie sie gelautet hatten. Der Minister setzte sich dann mit einzelnen Stellen der Schacht-Rede auseinander.

Die Weiterberatung wird dann auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Die Berliner Presse zur Kanzler-Erklärung

Berlin, 14. Okt. Die gestrige Erklärung des Reichskanzlers findet bei den den Regierungsparteien nahestehenden Blättern ein starkes Echo.

Die „Vossische Zeitung" spricht von dem Reichstag im Banne Brünings und nennt die Rede einen persönlichen Erfolg, dem der politische folgen werde. Es werde eine ausgesprochene Währungsmehrheit sein, die am Wochenende für das Kabinett den Ausschlag gebe.

Das „Berl. Tageblatt" schreibt: Ganz von selbst sei der Kanzler schon am ersten Tage der Debatte in die natürliche Frontstellung gegen die gegangen, die die eigentlichen Feinde der jetzigen Regierung seien. Was von der Regierung in diesen Tagen geleistet werden müsse, sei eine feste Führung mit biegsamen Mitteln.

Die „Germania" bezeichnet die Rede als den Ausdruck eines entschlossenen Willens und eines klaren planvollen Zielstrebens, das sich durch nichts aus der vorbestimmten Bahn bringen lasse. Die Parteien hätten zu entscheiden, ob sie seiner Führung weiter folgen wollen. Der Kanzler habe sie vor eine große geschichtliche Verantwortung gestellt.

Der „Börsenkurier" unterstreicht, daß der Kanzler von internationalen Ereignissen in der nächsten Zeit eine Erleichterung der Lage des deutschen Volkes erhoffe.

Die Blätter der oppositionellen Rechten empfinden die Erklärung des Kanzlers als „matte Verteidigung".

Die „Deutsche Zeitung" spricht mit Bezug auf den freien Teil der Rede, daß sie eine Fanfare sein sollte und eine Chamade geworden sei. Auch der „Tag" spricht von „schwachen Versprechungen und Rechtfertigungsversuchen".

Der „Lokalanzeiger" glaubt, daß die Aussichten des zweiten Kabinetts Brüning im Reichstag schlechter als die des ersten gewesen wären. Brüning habe den Rubicon nach der Linken hin überschritten.

Das spanische Kabinett zurückgetreten

Vor einer völligen Radikalisierung?

Madrid, 14. Okt. Ministerpräsident Zamorra und Innenminister Maura haben am Mittwoch nachmittag der Nationalversammlung ihr Rücktrittsgesuch überreicht. Sämtliche Kabinettsmitglieder haben sich darauf mit Zamorra solidarisch erklärt und den Rücktritt des gesamten Kabinetts beschlossen.

Dieser Schritt steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Abstimmung der Nationalversammlung über die Religionsfrage. In politischen Kreisen befürchtet man einen Linksruck, falls der als sehr radikal und revolutionär bekannte Azana das neue Kabinett bilden sollte. Azana ist der Führer der sogenannten republikanischen Aktion und verwaltete im zurückgetretenen Kabinett das Kriegsministerium. Zamorra und Maura stellten bekanntlich die beiden einzigen rechtsrepublikanischen und kirchenfreundlichen Männer in der Regierung dar. Ihre Bemühungen, unter allen Umständen eine Einigung auf mittlerer Linke herbeizuführen und die Spaltung des Landes in zwei feindliche Lager zu verhindern, scheiterten an der radikalen Haltung der Kammer. Da ein Staatspräsident in Spanien fehlt, muß die Kabinettskrise durch die Kammer gelöst werden. Dem Kammerpräsidenten Besteiro fällt hierbei die schwierigste Aufgabe zu.

Ausweisung der Jesuiten aus Spanien

Madrid, 14. Okt. Die spanische Nationalversammlung hat nach 14stündiger stürmischer Sitzung mit 178 gegen 59 Stimmen die Ausweisung der Jesuiten aus Spanien und die Beschlagnahme ihres Eigentums beschlossen. Für die übrigen Religionsgesellschaften wird ein Sondergesetz geschaffen, das den religiösen Orden die Ausübung des Unterrichts verbietet und das die Verstaatlichung ihres Besitzes ermöglicht. Schließlich wurde die Aufhebung des Haushalts für Klerus und Kult in der Verfassung niedergelegt.

•

Pfarrer Eckert nach Rußland abgereist

Der zur KPD. übergetretene evangelische Stadtpfarrer Eckert hat, obwohl der Evangelische Oberkirchenrat den bereits erteilten Urlaub zurückgezogen hat, seine Reise nach Rußland angetreten. In dem gegen ihn eingeleiteten Dienststrafverfahren läßt er sich durch den Karlsruher Rechtsanwalt Dr. Dietz vertreten. Dieses Verfahren wird sich in der Hauptsache um die grundsätzliche Frage drehen, ob ein evangelischer Geistlicher Mitglied der Kommunistischen Partei sein kann.

Aus Stadt und Land

(Wetterbericht.) Die Wetterlage wird vorwiegend immer noch durch östlichen Hochdruck beeinflußt, wenn auch eine Tiefdruckrinne sich von Norden nach Süden über Frankreich hinwegzieht. Für Freitag und Samstag ist deshalb zwar nur zeitweilig heiteres, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 14. Okt. (Aus dem Gemeinderat.) Von Förster Ehmann wird der Waldnutzungsplan für das Jahr 1932 vorgetragen und erläutert. Der Nutzungsplan umfaßt 1800 Festmeter. Die Gemeinde hat aus den letzten Jahren eine Vornutzung von rund 600 Festmeter, die wieder ausgeglichen werden müssen. Förster Ehmann und der Vorsitzende schlagen dem Gemeinderat vor für das Nutzungsjahr vorerst nur einmal 1200 Fm. Holz zu schlagen und mit der weiteren Fällung zuzuwarten, bis feststeht, ob Kaufliebhaber für das Holz zu einem noch annehmbaren Preis vorhanden sind. Der Gemeinderat stimmt diesem Vorschlag zu. — Die Holzverteilung als Winterhilfe hat im vorigen Jahr lebhafte Kritik hervorgerufen. Die Holzzuteilung an bedürftige Erwerbslose und Wohlfahrtserwerbslose wird daher dieses Jahr von einer Gegenleistung abhängig gemacht. Wer bei der Zuteilung berücksichtigt werden will, hat beim Gemeinderat bis spätestens 1. November ds. Js. ein Gesuch einzureichen, welcher dann über die Bedürftigkeit entscheidet. Als Gegenleistung wird von den Gesuchstellern verlangt, für 1 Rm. Weichholz 2 Tage und für 1 Rm. Hartholz 2½ Tage Waldarbeit. Diese Arbeit gilt als unbedeutende Fürsorgearbeit und der Erwerbslose kann deshalb dabei stempeln und es wird ihm keine Unterstützung dafür abgezogen. Der Gemeinderat hält diese Regelung einstimmig für die beste Lösung. — Zur Linderung der bevorstehenden Not des kommenden Winters beschließt der Gemeinderat auf Vorschlag des Inneren Ausschusses ebenfalls einstimmig auf Rechnung der Gemeinde je einen Waggon Kartoffeln und Kohlen sofort zu beschaffen, um sie dann an Bedürftige abgeben zu können. — Der neugegründete Sportverein „Schwarzwaldpforte" hier erhält seinem Gesuch entsprechend die nachgesuchten Stangen zur Platzeinzäunung, ebenfalls wird ihm gestattet, einen Wassergraben auf dem angrenzenden Grundstück der Gemeinde entlang zu führen. — Bei der Sonnensiedlung mußten zwei weitere neue Straßen getauft werden. Die nächste Parallelstraße zur Kleinhausstraße erhielt den Namen „Damaschkestraße", zur Erinnerung an den bekannten Bodenreformer Damaschke. Die nächste Parallelstraße erhielt den Namen „Merkurstraße", weil man von dieser Straße aus einen herrlichen Blick zu dem Berg Merkur hat. — Die Einführung der Bürgersteuer ist, obwohl sie vom Gemeinderat abgelehnt wurde, gesetzlicher Zwang, da die Gemeinde Birkenfeld mit ihrem Umlagesatz von 21 Prozent über dem Landesdurchschnitt mit 19 Prozent liegt. Sie wird der Einfachheit halber wie die bisherige Einwohnersteuer durch Einzugsverfahren der Gemeinde erhoben, dabei ist zu bemerken, daß die ortsübliche Bekanntmachung in der Zeitung als Steueraufforderung gilt und die Steuer hierauf ohne weitere Anforderung und Mahnung beigetrieben werden kann. — Für die Steinbeifuhr für die sich zurzeit im Bau befindlichen Siedlungsstraßen wird vom Lagerplatz ab bei der „Sonne" für den Kubikmeter Schotter 2.30 RM. bezahlt. Die hiesigen Fuhrwerks- und Autobesitzer können um diesen Preis sich zur Beifuhr beim Ortsbauamt anmelden. — Der Vorsitzende gibt dann dem Gemeinderat die heute eingegangene Hiobsbotschaft von der Landesversicherungsanstalt bekannt, wonach die zugesagten und noch nicht ausbezahlten Baudarlehen nicht mehr ausbezahlt werden sollen. Der Gemeinderat bedauert die hierdurch für die Baulustigen geschaffene mißliche Lage und beauftragt den Ortsvorsteher, in der Sache weitere Schritte zu unternehmen. — Den Schluß der Sitzung bildeten noch einige Fürsorgesachen.

Birkenfeld, 13. Okt. Am vergangenen Sonntag hielt unser Kleinkaliber-Schützenverein auf seinem Schießstand sein Schlußschießen ab, das sich zahlreicher Beteiligung aus Mitgliederkreisen erfreuen durfte. Wenn auch die Veranstaltung auf eine noch stärkere Teilnahme von Seiten ihrer passiven Mitglieder rechnete, kann man doch in jeder Art auf eine wohlgelungene Vereinsveranstaltung zurückblicken. Um 9 Uhr setzte programmgemäß der Betrieb ein, der sehr gute Ergebnisse zeitigte. Jeder Teilnehmer konnte sich, seinen Resultaten entsprechend, vom reichgedeckten Gabentisch seine vom Verein gestifteten Ehrengaben herauslesen und man konnte aus den freudigen Gesichtern der Teilnehmer nur entnehmen, daß alles zur Zufriedenheit ausgefallen ist und jeder schied mit dem Bewußtsein, einen schönen kameradschaftlichen Tag erlebt zu haben. Der Vorsitzende ermahnte in seinen Schlußworten die Anwesenden treu zusammenzuhalten und die jede Woche einmal stattfindenden kameradschaftlichen Vereinsabende pünktlich zu besuchen.

Conweiler, 14. Okt. Letzten Sonntag fand die Schlußübung der hiesigen Feuerwehr statt. Punkt ½8 Uhr stand das ganze Korps, an der Spitze die Musikkapelle, auf dem Sammelplatz. Nach einer kurzen Musterung durch den Kommandanten wurde zu einer Angriffsübung abgerückt. Als Brandobjekt war ein älteres Wohnhaus auf dem Buckel gedacht. Ein dahinter stehendes Wohnhaus hat durch Flugfeuer ebenfalls Feuer gefangen. Alles klappte und funktionierte tadellos, nach halbstündiger Arbeit waren die projektierten Brände gelöscht. Unter den Klängen der Musikkapelle marschierte nun die ganze Wehr durch die Hauptstraße zurück zum Sammelplatz, wo sie sich nach einer kurzen Ansprache des Kommandanten auflöste. Alles in allem kann gesagt werden, daß sich unsere Feuerwehr mit Kapelle gegenwärtig in einer guten Verfassung befindet. Die Uebung hat gezeigt, daß Mannschaft und Führer sich ihrer Pflichten wohl bewußt sind. — Aus der letzten Gemeinderatssitzung ist folgendes zu entnehmen: Auf Anregung des Bezirkswohltätigkeitsvereins soll auch in hiesiger Gemeinde die Winternothilfe durchgeführt werden. Die Durchführung derselben wurde dem örtlichen Fürsorgeausschuß unter Leitung von Bürgermeister Langenstein übertragen. Die nötigen Schritte zur Sammlung wurden bereits eingeleitet. Als Zeitpunkt der Sammlung wurde Ende Oktober bestimmt, weil bis dorthin die Feldarbeiten zum größten Teil erledigt sind. Die Sammlung erstreckt sich auf Geld, Kleidungsstücke und Lebensmittel. Der Fürsorgeausschuß erwartet, daß auch derselben von Seiten der hiesigen Bevölkerung das nötige Verständnis entgegengebracht wird. — Die Neuverpachtung der Gemeindegrundstücke brachte einen Erlös von ca. 50—60 Prozent gegenüber den vorherigen Pachtpreisen. — In einer Darlehensache wurde gegenüber der Wohnungskreditanstalt die volle selbstschuldnerische Bürgschaft (gegen Rückbürgschaft) übernommen.

Wildbad, 13. Okt. (Todesfall.) Am letzten Samstag ist hier ein Stuttgarter Architekt, dessen Namen einst zu den ersten zählte, Oberbaurat Carl Weigle, im Alter von 81 Jahren gestorben. Viele Jahre war er Teilhaber der weithin bekannten Architektenfirma Eisenlohr & Weigle. Eine Reihe von bemerkenswerten Gebäuden im ganzen Lande und auch außerhalb Württembergs stammen von ihm, darunter das Hotel Marquardt, die Lebensversicherungsbank in der Silberburgstraße, das Finanzministerium in der Lindenstraße, das Interimstheater in Stuttgart und mehrere Schloßbauten, ferner die neuen Bäder in Wildbad. Seine hervorragende und ver-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

denstvolle Tätigkeit wurde seitens des letzten Königs durch Titelverleihungen und durch Verleihung der großen Goldenen Medaille für Kunst und Wissenschaft anerkannt. Der Verdiente besaß außerdem verschiedene Orden. Den Krieg 1870/71 hatte er als Fähnrich und Leutnant mitgemacht.

Winterturnen

Die Sommerzeit ist vorüber und die öffentlichen Veranstaltungen der Gaue und Vereine sind abgewickelt. Alles, was Leibesübungen betreibt, abgesehen von den Spielern, sucht jetzt wieder die Turnhalle oder hiezu geeignete Lokale auf, um sich dort körperlich zu ertüchtigen, um Ergänzungsübungen zu betreiben, die die Sommerleistungen fördern sollen, endlich, um auch in der Turnhalle in frischfröhlichem Tummeln der Segnungen der Leibesübungen und ihrer Auswirkungen an Leib und Seele teilhaftig zu werden. Es tritt daher in der Winterzeit kein Stillstand in der Pflege der Leibesübungen ein, vielmehr wird eine straffere Zusammenfassung des Turnens in der Halle erzielt.

13000 Turnvereine des Millionenverbandes der D. T. sind eifrig bemüht, der Masse unseres Volkes Leibesübungen vielseitigster Art auch im Herbst und Winter zu vermitteln. Diese Arbeit ist eine gewaltige, volkserzieherische Leistung, vor der man um so mehr Hochachtung haben muß, als sie fast ausschließlich ehrenamtlich geleistet wird. Gerade in der heutigen Notzeit ist für die Volksgesundheit ein Ausgleich durch die Arbeit der Turnvereine nötiger denn je. Man sehe einmal den Hallenbetrieb eines Turnvereins an. Da fällt zuerst die große Vielseitigkeit der Betriebsformen auf: das Geräteturnen, zielbewußte Körperschule, Hallenspiele und Gemeinturnen werden dort betrieben unter allmählicher Steigerung der Leistungsanforderungen, so daß sich niemand zu scheuen braucht, mitzumachen, weil er vielleicht befürchtet, daß sein körperliches Können ihm das nicht gestattet. Jeder Turnverein nimmt Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Altersstufen, infolgedessen unterhält er Riegen und Abteilungen für alte Herren, für Turner auf der Höhe ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit, für die Jugend, für die Knaben. Ebenso wird im Frauenturnen die körperliche Uebungsarbeit nach dem Alter unterschieden und durchgeführt. Es gibt Abteilungen für Turnerinnen und Schülerinnen, die der Reigung des weiblichen Körpers Rechnung tragen.

So ist im deutschen Turnverein jedem Gelegenheit gegeben, sich zu tummeln und durchzuarbeiten, sich gesund und frisch zu erhalten mit wenig Mitteln und alle Vereine nehmen auch auf die wirtschaftliche Not ihrer Mitglieder in weitestem Maße Rücksicht. Daher wird gerade in der Notzeit unseres Volkes mancher leichter über die für ihn schlimmen Tage fortkommen und das Turnen für ihn ein Kraftquell werden, aus dem er Mut und Frohsinn schöpfen kann, damit ihn die Verzweiflung nicht übermannt. Sch.

Württemberg

Berneck, OA. Nagold, 14. Okt. (Tödlicher Sturz.) In der Nacht auf Montag stürzte die an der Steige im oberen Städtchen wohnende Johanna Talmon aus bis jetzt ungeklärter Ursache aus dem Fenster ihres Zimmers etwa 30 Meter hoch auf die Steige herunter und blieb mit schweren inneren Verletzungen liegen. Am Montag vormittag verschied dann die Verunglückte an ihrem 72. Geburtstag.

Ettmannsweiler, OA. Nagold, 14. Okt. (Mit 80 Jahren noch im Amt.) Gemeindepfleger Adam Wurster konnte am 14. Oktober in noch großer Rüstigkeit seinen 80. Geburtstag feiern. Er ist seit 50 Jahren Mitglied des Gemeinderats und übt sein Amt als Gemeindepfleger auch schon 30 Jahre mit großer Treue und Zuverlässigkeit aus. Er ist am 14. Oktober 1851 in Simmersfeld geboren, diente beim Grenadierregiment Königin Olga von 1871/74 und hat sich im Jahre 1877 hierher verheiratet.

Stuttgart, 14. Okt. (4000 Zentner Kartoffeln vom Stahlhelm.) Anläßlich der Tagung der nationalen Opposition in Bad Harzburg beauftragte der Landesführer des Stahlhelm von Baden-Württemberg, Major a. D. v. Neufville, für die besonders notleidenden Gebiete in Baden-Württemberg eine Winternothilfe in Kartoffeln. Die anwesenden Landesverbände des Stahlhelm erklärten sich dazu sofort bereit und spendeten 4000 Zentner Kartoffeln (15 Eisenbahnwaggons), deren Verteilung der Landesverband Baden-Württemberg durch seine Gaue vornehmen wird.

Stuttgart, 14. Sept. (Schlachtsteuer in Württemberg?) Finanzminister Dr. Dehlinger erklärte einem Mitarbeiter des „Deutschen Volksblatts", daß ihm von Verhandlungen im Finanzministerium über die Einführung einer Schlachtsteuer nach bayerischem Vorbild nichts bekannt sei. Im Laufe des letzten Jahres und des verflossenen Sommers sei allerdings im Finanzausschuß des Landtags wiederholt bei Erörterungen, wie das Land Württemberg sich neue Einnahmen verschaffen könne, die Möglichkeit einer Schlacht- und einer Weinsteuer eine positive Erklärung dazu abgegeben worden sei. Auf die Anfrage, wie der Herr Finanzminister sich persönlich zur Schlachtsteuer einstelle, gab dieser eine Antwort, die erkennen ließ, daß er sich in keiner Weise festlegen wollte. Er erklärte nur, man könne bestimmt damit rechnen, daß, bevor in Württemberg eine Notverordnung auch bezüglich der Schlachtsteuer hinausgehe, im Finanzausschuß eine eingehende Aussprache darüber herbeigeführt werden würde.

Stuttgart, 14. Okt. (Württ. Landestheater-Ausblick.) Für 17. Oktober ist die reichsdeutsche Uraufführung von „Leutnant Amma" vorgesehen, einer Burleske von Frank Maar, deren Uraufführung am 21. Oktober am Wiener Burgtheater stattfand. — Gertrud Eysoldt, die große Darstellerin, deren Aufstieg hier in Stuttgart begonnen hat, wurde für die zweite Hälfte Oktober zu einem zweimaligen Gastspiel verpflichtet. Frau Eysoldt wird (mit eigenem Ensemble) „Scheiterhaufen" von Strindberg und „Frau Warrens Gewerbe" von Shaw bringen. — Für 21. Oktober werden zwei Uraufführungen vorbereitet: „Der Gondoliere des Dogen", Oper in einem Akt von E. N. v. Reznicek und „Der Buckligo des Kaiffen" von Franco Casavola, nach einem Märchen aus „Tausend und einer Nacht". Die letztere Oper wurde am Teatre Reale in Rom herausgebracht und mit größtem Erfolg in sämtlichen Städten Italiens gegeben. Ende November erscheint die Erstaufführung von Wolf-Ferraris neuer Oper „Die schalkhafte Witwe", die im Oktober an der Berliner Staatsoper ihre deutsche Uraufführung erlebt, nachdem sie im vergangenen Frühjahr mit außergewöhnlichem Erfolg am Teatre Reale in Rom herausgebracht wurde.

Stuttgart, 13. Okt. (Eine lebende Feuersäule.) Das sechs Jahre alte Söhnchen des Prokuristen Strenger in der Kernerstraße steckte heute vormittag in Abwesenheit seiner Eltern den Gasbadeofen an und kam dabei den Flammen zu nahe, so daß seine Kleider Feuer fingen. Als lebende Feuersäule sprang das Kind in das untere Stockwerk zu seinen Großeltern, die nur mit Mühe die Flammen ersticken konnten. Das Kind, das mit schweren Brandwunden in das Karl-Olga-Krankenhaus verbracht wurde, ist dort seinen Verletzungen erlegen.

Ehingen, 13. Okt. (Kindsmord.) In der Nacht vom vergangenen Freitag auf Samstag hat eine hier beschäftigte Frauensperson im Vereinshaus heimlich ein Kind geboren und dieses getötet. Die Kindsleiche versteckte sie in ihrem Zimmer. Andern Tags ging die Rabenmutter in das Geschäft, wie wenn nichts geschehen wäre. Die Polizei bekam jedoch Wind von der Tat und verhaftete die Mutter. Die Leiche des Kindes wurde seziert.

Ravensburg, 13. Okt. (Ueberfall.) Als am Sonntag abend zwei Ravensburger Frauen, die nachmittags in der Veitsburgwirtschaft beschäftigt waren, sich auf dem Weg nach Ravensburg befanden, stellten sich ihnen unterhalb der Veitsburg zwei Burschen in den Weg, während ein dritter sich etwas abseits hielt. Einer der Burschen befahl: „Hände hoch!" Die Burschen versuchten nun, den Frauen die Handtaschen zu entreißen. Es gelang auch einem der Wegelagerer, eine Handtasche an sich zu reißen, doch konnte sie ihm von den sich energisch zur Wehr setzenden Frauen wieder abgenommen werden. Auf die Hilfeschreie der Frauen nahmen die Täter Reißaus, ohne etwas erbeutet zu haben. Die von der Kriminalpolizei sofort unternommenen Nachforschungen führten zur Festnahme eines Täters, während die beiden andern noch nicht ergriffen werden konnten und flüchtig sind.

Ravensburg, 13. Okt. (Erpresser.) Zwei unglaublich frech auftretende Gauner haben vor etwa drei Wochen in einer Ravensburger Wirtschaft die allein mit ihrer Schwester anwesende Geschäftsinhaberin in nicht geringen Schrecken und Angst versetzt. Die Burschen hielten sich abends längere Zeit dort auf und beobachteten dabei, daß die Einnahmen in die Büfettkasse gebracht wurden. Als die letzten Gäste weggegangen waren, erklärten sie, sie seien Räuber und Mörder, führten Schußwaffe und Dolch mit und wenn man ihnen nicht sofort ein ordentliches Nachtessen vorsetze, raubten sie die Kasse. Nachdem ihrem Wunsche nachgekommen war und sie in Eile das vorgesetzte Nachtessen verzehrt hatten, suchten die Erpresser schleunigst das Weite.

Was hat Staatspräsident Dr. Bolz gesagt?

Stuttgart, 14. Okt. Die Ausführungen des Staatspräsidenten Dr. Bolz im Stuttgarter Windthorstbund haben zu allerlei Mißverständnissen Anlaß gegeben und auch kritische Gegenäußerungen veranlaßt. Das „Deutsche Volksblatt" hat sich deshalb mit dem Staatspräsidenten in Verbindung gesetzt und ist zu folgenden Feststellungen ermächtigt: 1. Die Ausführungen des Staatspräsidenten waren nicht für die Oeffentlichkeit und nicht für Wiedergabe in der Presse bestimmt. Sie sollten nur als Diskussionsgrundlage für die dem Vortrag anwohnenden Mitglieder des Windthorstbundes dienen. 2. Der Staatspräsident hat die ihm unterstellten Behauptungen gar nicht aufgestellt. Einige aus dem Zusammenhang herausgenommene Sätze, die zudem unvollständig oder unrichtig wiedergegeben wurden, geben kein richtiges Bild von dem, was der Redner ausführte. 3. Der Staatspräsident hat nur einige Beispiele dafür angeführt, daß ohne Produktionsverbilligung, also ohne Preissenkung, Lohn- und Gehaltsreduktion, die schwierige Lage, in der sich unser Volk befindet, nicht überwunden werden kann. 4. Staatspräsident Dr. Bolz hat am Schluß seiner Ausführungen bedauert, daß er infolge seiner Abreise nach Berlin dem weiteren Verlauf der Diskussion nicht anwohnen könne, weil er befürchte, daß seine Darlegungen in der Aussprache irgendwie mißdeutet werden könnten. Das war nun weniger in der Aussprache als in dem durch ein Korrespondenzbüro verbreiteten Pressebericht der Fall. Mit diesen Feststellungen erübrigen sich alle weiteren Erörterungen sachlichen Art über die angeblichen Ausführungen des Staatspräsidenten.

Notverordnung bestimmt Gefängnisstrafe für Vorenthaltung von Arbeitslosenversicherungsbeiträgen

Stuttgart, 13. Okt. Nach den Strafbestimmungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung werden nunmehr auch die Mitglieder von Ersatzkassen, wenn sie Beitragsanteile, die sie von ihrem Arbeitgeber erhalten haben, der berechtigten Kasse vorsätzlich vorenthalten, mit Gefängnis bestraft. Diese Bestimmung ist in das Gesetz eingefügt worden durch die dritte Verordnung vom 6. Oktober 1931. Bisher wurden nur die Arbeitgeber mit Gefängnis bestraft, wenn sie Beitragsteile, die sie von ihren Beschäftigten einbehalten hatten, nicht rechtzeitig an die berechtigte Kasse abführten. Hierfür ist eine Gefängnisstrafe von 1 bis 5 Jahren im Gesetz vorgesehen. Falls aber Mitglieder von Ersatzkassen das gleiche Vergehen begangen haben, konnten sie nicht in derselben Form zur Rechenschaft gezogen werden wie ihre Arbeitgeber. Es blieb der Arbeitslosenversicherung nichts anderes übrig, als auf dem zivilrechtlichen Wege gegen diese Mitglieder von Ersatzkassen vorzugehen. Die jetzige neue Bestimmung der Notverordnung bringt eine wesentliche Verschärfung und ist eine Warnung für alle Mitglieder von Ersatzkassen, die Beitragsteile, die sie von ihren Arbeitgebern erhalten haben, rechtzeitig der berechtigten Kasse zuzustellen.

Die Ulmer Bahnhofräuber vor dem Schwurgericht

Ulm, 14. Okt. Unter großem Andrang des Publikums begann Dienstag vormittag die Verhandlung gegen die beiden Ulmer Bahnkassenräuber und zwar gegen den am 10. November 1903 in Hamburg geborenen ledigen Hafenarbeiter Karl Schülke und den am 11. März 1910 in Hohenems (Vorarlberg) geborenen ledigen Schlosser Friedrich Kollegger. Beide werden des gemeinsamen schweren Raubs und des versuchten Totschlags beschuldigt. Am 6. Juli d. J. haben sie mit vorgehaltenen Revolvern einen Schalterbeamten auf dem Ulmer Bahnhof mit Erschießen bedroht, wenn er um Hilfe rufe. Die Beute mit 330 Mark nahm seinerzeit der Angeklagte Schülke zu sich. Auf der Flucht haben sie sich ihrer Revolver bedient, wobei Kollegger ca. 6 und Schülke 1 oder auch 2 Schüsse gegen die verfolgenden Polizeibeamten abgegeben hatten, ohne zu treffen. Ein Polizeihund mußte das Leben lassen. Kollegger kam mit 11 und Schülke mit 14 Jahren mit dem Strafgesetz in Konflikt. Schülke hatte bei einer Festnahme wegen eines Diebstahls schon im Jahre 1922 einen Polizeibeamten niedergeknallt. Er erhielt dafür 8½ Jahre Zuchthaus, floh aber nach 5½ Jahren und entkam ins Ausland. In Buenos Aires traf er den inzwischen auch ausgewanderten Kollegger. Ihre Wege führten sie in viele Städte des Auslandes. Schließlich konnten sie keine Arbeit mehr finden und fuhren mit Bahn und Schiff, natürlich als blinde Passagiere, wieder nach Europa, wo sie unter großen Schwierigkeiten in Genf landeten. Von dort aus ging die Reise über Bregenz, Lindau, Friedrichshafen, Ravensburg nach Ulm. In Bregenz hatten sie sich Revolver gekauft und geplant, in Friedrichshafen einen Bahnhofkassenraub zu begehen. Dort seien aber zuviel Beamte um den Weg gewesen. Schließlich landeten sie am 6. Juli in Ulm und versuchten zweimal einen Hoteleinbruch im „Russischen Hof". Dann planten sie den Raubüberfall auf dem Bahnhof und machten schon vom Vormittag ab ihre Beobachtungen. Während Kollegger noch in der Nacht der Tat mit einem Auto verfolgt, festgenommen werden konnte, entkam Schülke und fuhr über Ulm, Stuttgart, Mannheim nach Köln. Es gelang ihm, sich die Papiere eines gewissen Gleitz zu beschaffen. Er hatte aber das Unglück, daß dieser Gleitz auch wegen Raubs polizeilich gesucht wurde und so konnte er unter Zuhilfenahme des Fingerabdruckverfahrens schließlich in Köln festgenommen werden. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Heß. Er kam zu dem Antrag, die beiden Angeklagten je eines Verbrechens des gemeinsam verübten schweren Raubes zu je 8 Jahren Zuchthaus, den Angeklagten Schülke wegen eines Verbrechens des versuchten Totschlags und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu weiteren 4 Jahren Zuchthaus, den Angeklagten Kollegger wegen zweier Verbrechen des versuchten Totschlags zu weiteren 8 Jahren Zuchthaus zu verurteilen und daraus eine Gesamtstrafe zu bilden bei Schülke von 10 Jahren und bei Kollegger von 12 Jahren. Die beiden Angeklagten wurden je wegen eines Verbrechens des gemeinsamen schweren Raubes und je wegen eines Verbrechens des versuchten Totschlags neben 10 Jahren Ehrverlust verurteilt Schülke zu 8 Jahren Zuchthaus, Kollegger zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus. Kollegger wurde von einem weiteren Verbrechen des versuchten Totschlags freigesprochen. Die erlittene Untersuchungshaft wird angerechnet. Die Waffen werden eingezogen.

Baden

Pforzheim, 14. Oktober. In der Christoph-Allee wurde gestern mittag das dreijährige Söhnchen des kürzlich erst von Freiburg nach hier versetzten Polizeiwachtmeisters Ostertag von einem Kraftwagen überfahren und auf der Stelle getötet. Der schwere Wagen ging dem Kind über den Kopf. Im Wagen saßen mehrere auswärtige Herren.

Letzte Nachrichten

Essen, 14. Okt. Auf Grund der preußischen Notverordnung und nach vorausgegangenen Verhandlungen mit der Staatsaufsichtsbehörde über die Finanzlage der Stadt Essen hat sich der Oberbürgermeister gezwungen gesehen, die Bürgersteuer auf das dreifache des Landessatzes zu erhöhen.

Berlin, 14. Okt. Wie der „Börsen-Kurier" wissen will, soll die deutsche Handelsbilanz für September mit einem Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von nicht weniger als 387 Millionen Mark abschließen. Gegenüber August bedeute die Zunahme des Exportüberschusses 65 Millionen Mark.

Bukarest, 15. Oktbr. In einem Steinbruch in der Nähe von Cernowitz explodierte gestern vorzeitig ein Dynamitschuß. Zwanzig Arbeiter wurden von Gesteinsmassen verschüttet. 15 konnten lebend geborgen werden, während fünf Arbeiter den Tod erlitten.

Polizeibeamte mißhandeln Festgenommene

Zwei Andernacher Polizeibeamte hatten einen Wuppertaler Kaufmann, der mit dem Auto durch die Stadt fuhr, wegen angeblich vorschriftswidrigen Fahrens angehalten, zur Wache mitgenommen und dort derart mißhandelt, daß der Autobesitzer nach seiner Entlassung sofort einen Arzt aufsuchen mußte. Das erweiterte Schoffengericht verurteilte die beiden in Bestätigung eines erstinstanzlichen Urteils zu 3½, bezw. 3 Monaten Gefängnis mit der Begründung, daß das Publikum, wenn man auch den schweren Dienst der Polizei berücksichtige, gegen derartige Uebergriffe geschützt werden müsse.

Luther droht mit Kreditsperre

Berlin, 14. Okt. Die Reichsbank hat, wie wir erfahren, ein Rundschreiben an alle Banken und Girokunden erlassen, in dem scharfe Kreditmaßnahmen gegen solche Firmen angedroht werden, die gegen die Devisenvorschriften verstoßen, insbesondere gegen die Bestimmung, wonach Exportdevisen innerhalb von drei Tagen der Reichsbank zum Kauf anzubieten sind. Die Reichsbank behält sich das Recht vor, jeder ihren Kredit in Anspruch nehmenden Firma die Kreditgewährung rundweg zu verweigern, falls sich herausstellen sollte, daß diese Firma die Devisenvorschrift nicht befolgt. Die Reichsbank wird in solchen Fällen den direkten Diskont- und Lombardverkehr verweigern und auch den Ankauf von Wechseln ablehnen, auf denen eine Unterschrift einer solchen Firma, die die Devisenbestimmungen nicht eingehalten hat, vorkommt. Gleichzeitig hat die Reichsbank vorgeschrieben, daß bei von ihrer Kundschaft bestellten Devisen stets anzugeben ist der Name des Käufers, der Zweck der Devisenbeschaffung und die Stelle, die die Genehmigung erteilt hat. Die Banken dürfen infolge der Vorschrift über die dreitägige Devisenablieferung nunmehr Währungskonten nicht mehr führen. Die Weiterführung alter Währungskonten ist nicht mehr angängig und die Neueinrichtung verboten.

Der Prozeß um das Lübecker Kindersterben

Erster Vorstoß gegen das Gericht

Lübeck, 12. Okt. Im Calmette-Prozeß, der heute vormittag begann, unternahm Rechtsanwalt Dr. Wittern-Lübeck, der als Rechtsbeistand der Eltern fungiert, einen überraschenden Vorstoß gegen die Zuständigkeit des Gerichts. In einer langen Rechtsbegründung führte er aus, daß die Anklage nach dem Gerichtsverfassungsgesetz vor das Schöffengericht gehöre. Durch die Notverordnung sei die jetzige Zusammensetzung des Gerichts erforderlich geworden. Es sei so eine Tatsacheninstanz geschaffen, durch die eine Berufung unmöglich gemacht worden sei. Während sonst in der Berufungsverhandlung Verteidiger und Nebenkläger von sich aus Zeugen und Sachverständige laden könnten, sei nach der Notverordnung dem Gericht das freie Ermessen der Beweisaufnahme zugesichert. Der Anwalt kam zu dem Schluß, daß die Rechtsgrundlage für die jetzige Zusammensetzung des Gerichts fehle. Er gab dem Gericht anheim, zu beschließen, ob es zuständig oder nicht zuständig sei.

Im Fortgang der Verhandlung um den Tod der in Lübeck nach dem Calmette-Verfahren behandelten Kinder unterstützte Rechtsanwalt Dr. Frey den Antrag des Rechtsanwalts Dr. Wittern: Das Gericht möge prüfen, ob es zuständig sei. Auch die andern Rechtsvertreter der Nebenkläger schlossen sich dem Antrag Dr. Wittern an. Oberstaatsanwalt Dr. Lienau widersprach, und Rechtsanwalt Dr. Alsberg gab im Namen aller Verteidiger der Angeklagten die Erklärung ab, daß man Einwendungen nur erheben könne, wenn verfassungsmäßige Rechte der Angeklagten verletzt seien. Nach Ansicht der Verteidigung sei das nicht der Fall. Dr. Frey wandte sich scharf gegen Dr. Alsberg.

Darauf zog sich das Gericht zur Beratung über den Antrag Dr. Wittern zurück.

Nach zweistündiger Beratung des Gerichts verkündete und begründete der Vorsitzende den Beschluß: Der Antrag, das Gericht für unzuständig zu erklären und die heutige Hauptverhandlung zu vertagen, wird abgelehnt. Darauf wurde in die weitere Verhandlung eingetreten. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung und fahrlässige Körperverletzung bei Anwendung und Durchführung der Calmette-Fütterung. Die Verlesung der Liste der gestorbenen Kinder wurde im Saale mit tiefstem Schweigen entgegengenommen. Als erster Angeklagter wurde Obermedizinalrat Dr. Altstedt vernommen.

*

Gestern hat in Lübeck eine Versammlung des Elternausschusses getagt, in der ein sehr **scharfer Protest gegen die Art der Verhandlung** erhoben wurde. Die Elternschaft empört

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

sich darüber, daß „der Calmette-Prozeß zu einem medizinischen Kolleg ausarten soll". Das Gericht hat nämlich einen Teil des Zuhörerraumes für medizinische Interessenten zur Verfügung gestellt, so für eine große Studentengruppe aus Gießen und Rostock. An der Verhandlung nehmen außerdem als Zuhörer eine Reihe medizinischer Kapazitäten teil, u. a. auch Dr. Margulis, der russische Volkskommissar für Gesundheitswesen. Den Eltern der Lübecker Kinder, die nicht als Nebenkläger an dem Prozeß teilnehmen können, hat man einen Teil der Galerie des Turnsaales als Zuhörerplatz angewiesen.

Rechtsanwalt Dr. Frey, der ebenfalls als Beauftragter der Nebenkläger auftritt, will für die Elternschaft den Antrag stellen, die Sache an das Schwurgericht zu verweisen, damit der Staatsanwalt dann Anklage wegen Mordes erheben soll. Dieser Antrag wird mit einer Aeußerung des Hauptangeklagten Deycke begründet, **daß er von vornherein, als er das Calmette-Mittel anwandte, damit gerechnet habe, daß eine Anzahl Kinder sterben würde.**

*

Lübeck, 14. Okt. Der zweite Tag des Prozesses um das Lübecker Kindersterben begann mit einem kleinen Intermezzo. Ein Verteidiger beantragte die sofortige Ladung des gestern wieder entlassenen Sachverständigen Prof. Dr. Schürmann. Eine ganze Reihe von Anwälten sprach für und gegen den Antrag. Das Gericht verkündete nach kurzer Beratung, daß Schürmann für morgen zu laden sei. Es wurde dann die Vernehmung des Angeklagten Dr. Altstaedt fortgesetzt.

In der weiteren Vernehmung des Angeklagten Dr. Altstaedt im Prozeß wegen des Todes der Lübecker Kinder kam es kurz vor dem Abschluß der heutigen Verhandlung zu einem Zwischenfall. Als das Merkblatt, das in Lübeck die Anwendung des Calmette-Mittels empfahl, behandelt wurde, hatte Dr. Altstaedt Gelegenheit genommen, auf einen Erlaß des preußischen Wohlfahrtsministers hinzuweisen, in dem in ähnlicher Art eine Diphtherie-Schutzimpfung empfohlen worden war. Dr. Frey fragte nun den Angeklagten, wie er dazu komme, die Diphtherie-Schutzimpfung mit der Calmette-Schutzimpfung zu vergleichen. Dr. Altstaedt erwiderte, daß auch bei der Diphtherie-Schutzimpfung außerhalb Deutschlands Todesfälle zu verzeichnen gewesen seien. Darauf sagte Dr. Frey sehr erregt: Herr Dr. Altstaedt, Sie wollen doch wohl nicht vor einem solchen Kollegium von Aerzten und Sachverständigen Ihre Meinung aufrecht erhalten. Der Vorsitzende des Gerichts griff ein und vertagte die Verhandlung mit Rücksicht auf den sehr abgespannten Angeklagten.

Vor dem Zwischenfall hatte Dr. Frey u. a. die Frage an den Angeklagten gestellt, ob es stimme, daß Frau Dr. Altstaedt mit Frau Professor Calmette in Paris beim Kaffee zusammengewesen sei und daß damals schon über die Einführung des Calmette-Mittels gesprochen worden wäre. Dr. Altstaedt verneinte dies entschieden und erklärte, daß seine Frau niemals in Paris gewesen sei.

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung wegen des Todes der nach dem Calmette-Verfahren behandelten Lübecker Kinder kam der Angeklagte Dr. Altstaedt auf die Verhandlungen im Lübecker Gesundheitsrat zu sprechen. Er setzte sich für die Einführung der Fütterung in Lübeck ein, da das Präparat geeignet sei, die Tuberkulose zu bekämpfen. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Hamel, soll seinerzeit erklärt haben, nunmehr sei der Weg für die Einführung des Calmetteverfahrens frei. Diese Aeußerung, die Dr. Altstaedt, wie er sagt, den Anlaß gab, nicht nocheinmal beim Reichsgesundheitsamt anzufragen, will Dr. Hamel nicht getan haben. Rechtsanwalt Dr. Wittern weist darauf hin, daß von einer Schutzfütterung in den Handzetteln für die Eltern nicht die Rede sei, worauf sich aus den Kreisen der als Nebenkläger zugelassenen Eltern Rufe „Sehr richtig!" erhoben. Auf die Frage, ob vor der Veröffentlichung der Einführung des Mittels die Genehmigung des Vorsitzenden des Gesundheitsamtes in Lübeck, Senator Mehrlein, vorlag, antwortete Dr. Altstaedt mit Ja.

Zum Eisenbahnattentat bei Jüterbog und Bia Torbagy

Wien, 12. Okt. Sylvester Matuschka hatte, wie der Polizeipräsident meldet, gestern abend und heute früh im Verlaufe des Verhöres gebeten, man möge ihn vorläufig in Ruhe lassen; er werde heute aber Mitteilungen machen. Auf diese Bitte wurde Rücksicht genommen, und heute abend wurde er einem eingehenden Verhör unterzogen, in dessen Verlauf er mehrfache, zum Teil phantastische Angaben machte. Demzufolge stellte er seine unmittelbare Täterschaft an dem Eisenbahnattentat bei Bia Torbagy in Abrede. Doch gab er an, daß er bei einem ihm nicht näher bekannten Mann auf dessen Aufforderung das Ekrasit gekauft und auch dem Unbekannten übergeben habe. Er habe ihm auch einige Sprengkapseln verschafft, alles in Kenntnis dessen, daß das Ekrasit und die Sprengkapseln für ein Attentat verwendet werden sollten. Es sollte, sagte der Unbekannte nach den Angaben Matuschkas, einem Lastzuge gelten. Matuschka gab auch zu, zur Zeit der Attentate bei Jüterbog und bei Bia Torbagy mit dem Manne, von dem er nichts Näheres wissen will, in Berlin und in Budapest gewesen zu sein. Er bestreitet aber, an dem Attentat bei Jüterbog beteiligt gewesen zu sein. Auch bei dem Attentat bei Bia Torbagy will er unmittelbar nicht mitgewirkt haben. Matuschka behauptet ferner, daß er in dem D-Zuge, der bei Bia Torbagy verunglückte, gefahren sei. Er widerrief aber seine früheren Angaben, daß er in einem der umgestürzten Waggons gesessen hätte, erklärt hingegen, daß er in dem Waggon gewesen sei, der mit den zwei anderen nach der Katastrophe vor dem Viadukt stehen geblieben ist. Damit erklärte Matuschka, daß er nur leichte Verletzungen erlitten hat, die lediglich von Glassplittern herrührten. Nähere Angaben können, wie die Polizei erklärt, im Interesse der Untersuchung und mit Rücksicht darauf, daß eine Ueberprüfung der Angaben noch erfolgen muß, im Augenblick nicht gemacht werden.

Entlaufen

Schäferhund, rötlich, mit schwarzem Rücken, Lederhalsband, auf den Namen „Lux" hörend.

Benachrichtigung **Neuenbürg**, Happenweg 403, Telefon 229 erbeten.

Suche

800—1000 Mk.

sofort gegen gute Sicherheit auf ein Jahr bei pünktlicher Zinszahlung.

Zuschriften erbet. unt. A. B. an die Enztäler-Geschäftsstelle.

liefert **Hochzeits-Karten** die C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Todes-Anzeige

Allen Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter und Schwester

Christine Berweck, geb. May,
alt Engelwirtin,

heute früh 5½ Uhr im Alter von 81½ Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

In tiefer Trauer:

Frida Dreßler, Witwe, geb. Berweck,
Ernst Gauß und Frau **Anna**, geb. Berweck,
Richard Bertsch und Frau **Marta**, geb. Weidner,
Fridel Weidner (Enkelkind),
Ella und **Liese Gauß** (Enkelkinder),
Eugen und **Fritz Dreßler** (Enkelkinder),
Lore Bertsch (Ur-Enkelkind),
Luise Karcher, Witwe, geb. May (Schwester).

Langenalb, den 14. Oktober 1931.

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 3 Uhr statt.

Gräfenhausen, den 15. Okt. 1931.

Todes-Anzeige.

Unerwartet rasch verschied gestern früh 5 Uhr mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Christian Friedrich Dittus

im Alter von nahezu 74 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Die Gattin: **Katharine Dittus,**
geb. Frey.

Beerdigung: Freitag nachmittag 3 Uhr.

Schöne Mäntel

Die beliebten Sport-Mäntel ohne Pelz in engl., marengo und einfarbigen Stoffen

38.— 28.— 22.—

Reich mit echten Pelzen besetzte Mäntel in Velour, Marengo und Diagonalstoffen

49.— 42.— 35.— 28.—

C. Berner

Ecke Metzger- und Blumenstraße
PFORZHEIM

Das Haus, das keinen Kaufzwang kennt.

Schlechte Geschäfte, Gehaltsabbau, Sorgen!
Hilfe u. Bar Geld durch **Klassenlotterie**
Ziehungsbeg. 21. u. 22. Okt.
348 000 Gew. u. 2 Prämien
Hauptgewinne Mark
500 000
300 000
200 000
Fast jed. 2. Los gewinnt
⅛ ¼ ½ ⅟₁ Los
5 10 20 40 M.
Porto und Liste 35 Pfg.
Staatl. Lotterie-Einnahme
J. Schweickert
Stuttgart, Marktstr. 6
Postscheckk. Stuttgart 8111

Hier bei: C. Göckelmann; in Herrenalb: C. Bechtle.

Bezirks-Consum-Verein Neuenbürg.

Achtung Mitglieder!

Ia Wald- und Filderkraut

ist eingetroffen und wird im Hauptgeschäft abgegeben.

Der Vorstand.

Metzelsuppe

am **Freitag** und **Samstag**, 16. und 17. Oktober, im „**Ochsen**" in **Höfen**.

Calmbach.

Heute

großes Schlachtfest,

wozu freundlichst einladen

Otto Barth u. Frau
z. „**Goldenen Anker**".

42,5 % aller Lose gewinnen
2 Pr. Südd. Staats-Lotterie
Ziehung 1. Klasse 21. u. 22. Oktober
348 000 Gewinne mit rund Mark
114 000000
2 000000
1 000000
4 zu 500000
2 zu 300000
2 zu 200000
12 zu 100000
Glöckle, Cannstatt

Kirchweih-Inserate

bitten wir baldmöglichst aufzugeben

Verlag „Der Enztäler"

Neuenbürg.

Für die Kirchweihe

empfehle Ia. frisch gebrannten

Kaffee,

½ Pfd. von **60** Pfg. an.

C. Pfister.

Landwirt, anfangs der 30er, wäre geneigt, mit ges., christl. Fräulein

in Verbindung zu treten.

Angebote mit Bild unter Nr. 83 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle erbeten.

Forstamt Neuenbürg.

Reisig-Verkauf

am **Dienstag** den 20. Oktober 1931,

1. **nachm. 4 Uhr** bei der **Herrenacker Pflanzschule** aus Abt. 63 Haag, 64 Fingerlesbrunnen und 67 Gsäßberg: 7 Lose geschätzt zu 500 Wellen;
2. **abends ½6 Uhr** bei der **Kaiserhütte** aus Abt. 70 Scheppele: 3 Lose Eichenstängle geschätzt zu 450 Wellen (z. T. für Wagner geeignet).

Birkenfeld.

Zwei-Zimmer-Wohnung,

sofort beziehbar, zu vermieten.

Gartenstraße 43.

Visiten-Karten

C. Meeh'sche Buchhandlung.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw